

Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats in Brandenburg stärken

Freie Demokraten

Brandenburg FDP

Extremismus und Terrorismus sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und unsere offene und freie Gesellschaft. Der Rechtsstaat muss daher besser organisiert sein als das Verbrechen. Wir brauchen einen handlungs- und durchsetzungsstarken Rechtsstaat, der Sicherheit und Freiheit gleichermaßen sichert. Dazu wollen wir Freie Demokraten Polizei und Justiz besser ausstatten, unsere Sicherheitsarchitektur erneuern und den Feinden des Rechtsstaats entschieden entgegenzutreten.

Wie es ist, kann es nicht bleiben

Die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik zeigt einen besorgniserregenden Anstieg der Kriminalität um 9,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr und markiert somit nicht nur eine quantitative, sondern auch qualitative Verschärfung der Lage. Die brandenburgische Polizei

arbeitet seit Jahren am Limit. Der reelle Personalbedarf liegt schon jetzt deutlich über den besetzten Stellen. Wir wollen eine sicherheitspolitische Trendwende erreichen.

GdP warnt vor Überlastung

Pressemitteilung der GdP Brandenburg

Drei Ideen, die uns ausmachen

1. Bessere Ausstattung der Polizei

Wir werden die **Anzahl der Polizistinnen und Polizisten in Brandenburg von 8.200 auf 10.000 aufstocken**, um die Sicherheit im Land zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Ausbildungskapazitäten erhöhen und eine **zweite Polizeischule** im Land Brandenburg errichten.

Wir engagieren uns für **verbesserte Ausbildungsbedingungen für Polizistinnen und Polizisten**, um die Abbruchquote zu senken. Auch durch ausreichend Wohnraumkapazitäten.

Der **Ausgleich zwischen Privat- und Berufsleben** muss auch im Polizeidienst bei zugleich voller Leistung gewährleistet werden. Auch aus diesem Grunde werden wir unter anderem eine **zusätzliche, voll ausgestattete Einsatzhundertschaft** in Dienst stellen.

2. Bürgerrechte wahren

Wir streben die **Einführung von Musterfeststellungsklagen im Kommunalrecht** und eine Modernisierung des Staatshaftungsgesetzes an, um Betroffenen die Durchsetzung ihrer Rechte zu erleichtern.

Der Einsatz von **Staatstrojanern und Online-Durchsuchungen schwächt die Sicherheit** unserer IT-Infrastruktur und verletzt Bürgerrechte. Wir lehnen diese konsequent ab.

Wir **lehnen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Chatkontrolle ab**, da sie alle Nutzerinnen und Nutzer von Messengerdiensten wie WhatsApp, Telegram oder Signal unter Generalverdacht stellt und massiv in die Grundrechte eingreift.

3. Justiz stärken

Wir werden uns für eine **angemessene und wettbewerbsfähige Besoldung** aller in der Justiz Beschäftigten einsetzen. Ebenso wollen wir angehende Juristinnen und Juristen in Brandenburg halten. Deswegen soll die Besoldung während des Referendariats erhöht werden.

Wir werden alle Gerichte und Staatsanwaltschaften im Land Brandenburg umgehend auf **elektronische Aktenführung** umstellen und bestehende Medienbrüche möglichst umfassend beseitigen.

Wir setzen uns für eine flächendeckende Ausstattung aller Brandenburger **Gerichte mit Videotechnik** ein. Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben verdeutlicht, dass Online-Verhandlungen sowohl Kosten reduzieren als auch Verfahren beschleunigen.



„Wir werden unsere Einsatzkräfte entlasten und die Sicherheit im Land stärken.“

– Hans-Peter Goetz, Stellv. Landesvorsitzender

Mehr Argumente:
fdp-brandenburg.de/argumente